

B5 LVV 2015 Verbesserung der Bildungssituation junger Flüchtlinge an Berufsschulen

Die GEW Bayern steht für einen diskriminierungsfreien Umgang mit Geflüchteten. Die GEW begrüßt daher die bereits von der Staatsregierung umgesetzten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UmF). Die Bildungseinrichtungen müssen aber darüber hinaus mit weiteren Ressourcen ausgestattet werden, um das Menschenrecht auf Bildung und freie Berufswahl für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die fliehen mussten, adäquat sichern zu können:

Um die Bildungssituation junger Flüchtlinge im Berufsschulalter zu verbessern ist es wichtig, dass

- Schulbesuch und Ausbildung vor Abschiebung schützen,
- eine Schulanmeldung auch für Menschen ohne Papiere möglich wird,
- ausreichende Ressourcen für die Beschulung der Flüchtlinge bereitgestellt werden,
- keine prekären Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte herrschen, die den Unterricht für Flüchtlinge erteilen,
- eine Entfristung der Lehrkräfte erfolgt,
- der Mangel an DaZ-Lehrkräften (Deutsch als Zweitsprache) behoben wird, indem DaF (Deutsch als Fremdsprache) als Lehramtsstudium weiterentwickelt wird,
- eine angemessene und ausreichende sozialpädagogische Betreuung im Rahmen der Schule gewährleistet wird.

Der Landesvorstand wird beauftragt,

- mit den Bayerischen Instituten für „Deutsch als Fremdsprache“ (Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Eichstätt, Erlangen-Nürnberg, München, Regensburg und Würzburg) Kontakt aufzunehmen, um ein gemeinsames Vorgehen zu verabreden,
- und diese Forderungen gegenüber der bayerischen Staatsregierung sowie gegenüber den Landtagsfraktionen und zuständigen Gremien zu vertreten.

Die Bezirks- und Kreisverbände der GEW Bayern werden aufgefordert, sich in diesem Sinn beim DGB-Kreisverband und bei entsprechenden Initiativen einzusetzen.